66. Jahrgang. № 24. Sonnabend, 14. Januar 1922.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Im- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Ein Zahlungsaufschub unter Bedingungen.

### Die Schlußsitzung des Obersten Rates in Cannes.

**Cannes, 13. Jan. Der Oberste Rat versammelte sich heute vormittag um 11 Uhr zum letzten Male in Cannes. Die Sitzung dauerte bis 12 Uhr 30 Min. Lloyd George verlas als Vorsitzender der Konferenz das von Briand gesandte Telegramm. Der Oberste Rat sprach sein Bedauern über den Rücktritt Briands aus und Lloyd George schlug die Absendung eines Telegramms an Briand vor, worin diesem für den Empfang des Obersten Rates auf französischem Boden und für die Art und Weise, wie er dazu beitrug, daß die Konferenz von Cannes Ergebnisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas erzielen konnte, der Dank ausgesprochen wird. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Ergebnisse Früchte tragen werden.**

**Lloyd George teilte dann mit, daß der Oberste Rat zu der Entschließung gekommen sei, daß er in Abwesenheit eines seiner Mitglieder mit den Verhandlungen nicht fortfahren könne und daher beschlossen habe, die Konferenz zu vertagen. Er erwähnte, daß die Aufgabe der Konferenz zum Teil gelöst worden sei, insbesondere sei beschlossen worden, eine Wirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen, zu der die deutsche Regierung eingeladen werden solle. Mit Befriedigung habe er den gestrigen Ausführungen Dr. Rathenaus entnommen, daß die deutsche Regierung am Wiederaufbau Osteuropas teilzunehmen gewillt sei. Er bedauere, daß der deutschen Delegation Ungelegenheiten bei den Verhandlungen erwachsen seien, die durch den Abbruch der Konferenz unterbrochen werden mußten. Die übrigen Delegationen befänden sich in derselben Lage. Die Reparationsfrage habe vertagt werden müssen. Soweit aber das Ersuchen der deutschen Regierung um ein Moratorium in Betracht komme, werde die Reparationskommission sofort eine Antwort erteilen. Hierauf verlas der Vorsitzende der Reparationskommission Dubois die nachstehende**

**Entscheidung:**

**Die Reparationskommission beschließt, der deutschen Regierung eine vorläufige Verzugsfrist für die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu gewähren, soweit diese Zahlungsverpflichtungen durch geleistete oder noch zu leistende Barzahlungen und durch Sachlieferungen oder Einnahmen aus dem Recovery Akt, die schon eingegangen sind oder bis zu den oben genannten Daten eingegangen sein werden, nicht schon gedeckt sind, und zwar unter Vorbehalt der nachstehenden Bedingungen:**

**1. Während der vorläufigen Verzugsfrist zahlt die deutsche Regierung aller 10 Tage 31 Millionen Goldmark in zugelassenen Devisen. Die erste Zahlung erfolgt am 18. Januar 1922.**

**2. Die deutsche Regierung unterbreitet binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen Reform- und Garantieplan betreffend das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922.**

**3. Die vorläufige Verzugsfrist geht zu Ende, sobald die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen eine Entscheidung über den unter 2 erwähnten Entwurf und das Programm getroffen haben. Unbeschadet dessen kann in dieser Entscheidung vorgesehen werden, daß der Unterschied zwischen den tatsächlichen während der vorläufigen Verzugsfrist gezahlten Beträge und den auf Grund des Londoner Zahlungsplanes fälligen Summen fällig wird und zu zahlen ist innerhalb 14 Tagen, gerechnet von dem Tage der je nach den Umständen von der Reparationskommission oder den alliierten Regierungen getroffenen Entscheidung.**

**Wenn der Entwurf und das Programm der Reparationskommission vorliegen, werden sie sofort den alliierten Regierungen übermittelt, die so in der Lage sein werden, entweder die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, oder sie an die Reparationskommission zurückzuverweisen, damit diese darüber entscheidet.**

**Reichsminister a. D. Rathenau erklärte, daß er namens der deutschen Regierung von der Einladung zur Konferenz in Genua Kenntnis nehme. Die deutsche Regierung sehe der Uebermittlung des Einladungsschreibens entgegen. Er betonte ferner, daß aus den gegebenen Erklärungen hervorgehe, daß aus der Nichtzahlung der zum 15. Januar fälligen Summe für Deutschland keine unmittelbaren Folgen erwachsen.**

**Die hier vorliegende Entscheidung der Reparationskommission, die für die im Januar und Februar fälligen Zahlungen ein Moratorium unter gewissen Bedingungen vorsieht, ist der Reichsregierung heute in später Abendstunde bekannt geworden. Die Reichsregierung wird morgen vormittag in eine interne Besprechung darüber eintreten.** (W. T. B.)

### Abreise der Delegationen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

**Cannes, 13. Jan.** Alle fremden Delegationen verlassen Cannes heute abend. Lloyd George ist um 5 Uhr nach London abgereist. Er wird in Paris seine Fahrt unterbrechen, um mit Millerand und Poincaré Besprechungen zu haben. Er drahtete bereits in diesem Sinne an Millerand und bat ihn um eine Zusammenkunft.

## Das voraussichtliche Kabinett Poincaré.

**Paris, 13. Jan. (Havas.)** Poincaré hat die Bildung des Kabinetts endgültig übernommen. Nach bisher noch nicht bestätigten Nachrichten soll sich das Ministerium folgendermaßen zusammensetzen: Vorsitz und Auswärtiges: Poincaré, Justiz und Vizepräsident: Ralberti oder De Selve, Inneres: Mahonry, Krieg: Maginot oder Barthou, Marine: Landry, Finanzen: De Lasteyrie, Handel: François Marchall oder Bokanowsky, Unterricht: Léon Bérard, Ackerbau: Jean Dorand, Kolonien: Sarraut, Arbeitsministerium: Dariac oder Colrat oder Jourdain, Oeffentliche Arbeiten: Le Trocquer, Unterstaatssekretäre: Aubiegne, Dutreil, Lorin, Joseph Barthelemy, Rollin, Villenau. (W. T. B.)

### Frankreichs Hoffnungen auf Poincaré.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

**Paris, 13. Jan.** Wie der „Temps" erklärt, soll das neue Ministerium Poincaré ein Kabinett der nationalen Einigkeit sein, das entschlossen sei, den Frieden und die Rechte Frankreichs gleichzeitig zu sichern. Heute nachmittag erschien eine Abordnung der Entente Republicaine Demokratie bei Poincaré. Sie legte dar, daß sie besonders auf die Zuweisung des Ministeriums des Innern und des Unterrichts Wert lege. Man hat den Eindruck, daß die Abordnung von ihrer Besprechung mit Poincaré befriedigt war.

### Eine schwerwiegende Episode — keine Katastrophe.

**Berlin, 13. Jan.** Die Berliner Diplomatie war gestern abend fast vollzählig bei einem Empfange der niederländischen Gesandtschaft versammelt. Die Vorgänge in Paris wurden natürlich lebhaft besprochen. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß man es mit einer sehr schwerwiegenden Episode, nicht aber mit einer eigentlichen Katastrophe zu tun habe.

## Der Entwurf des englisch-französischen Garantievertrages.

**Paris, 13. Jan. Der Entwurf des vorgesehenen französisch-englischen Garantievertrages wird heute nachmittag veröffentlicht. Er hat folgenden Wortlaut:**

**„Angesichts der Tatsache, daß Frankreich innerhalb eines Menschenalters zweimal von Deutschland bekriegt wurde, (?) und daß Frankreich noch tief unter den Verwüstungen leidet, die auf den Feind zurückzuführen sind, das französische und englische Volk einen schrecklichen Tribut an Menschenleben und Geld bezahlt haben, um den Einfall des deutschen Heeres zurückzuweisen, daß die Wohlfahrt der europäischen Völker und der wirtschaftliche Aufbau der Welt durch den langen Krieg tief erschüttert wurden, sowie endlich, weil Bürgschaften Frankreichs gegen einen zukünftigen Einfall Deutschlands unerläßlich sind für die Wiederherstellung der Festigkeit Europas, für die Sicherheit Großbritanniens und den Weltfrieden und da die in den Artikeln 42, 43, 44 des Friedensvertrages von Versailles enthaltenen Sicherheitsmaßnahmen nicht genügen zur Verteidigung der gemeinsamen Interessen der hohen Vertragschließenden, sowie für die Aufrechterhaltung des Friedens in Westeuropa, haben der König von England und der Präsident der französischen Republik folgende Abmachungen getroffen:**

**Art. 1. Im Falle eines direkten und nicht herausgeforderten Angriffes gegen das Gebiet von Frankreich durch Deutschland wird sich Großbritannien sofort mit allen seinen Streitkräften zu Wasser, zu Lande und in der Luft an die Seite Frankreichs stellen.**

**Art. 2. Die hohen Vertragschließenden bestätigen aufs neue das gemeinsame Interesse, das die Art. 42, 43 und 44 des Friedensvertrags von Versailles für sie haben. Sie werden sich gegenseitig verständigen, wenn eine Verletzung der angeführten Artikel droht oder wenn ein Zweifel über ihre Auslegung entsteht.**

**Art. 3. Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich außerdem, sich gegenseitig zu verständigen im Falle militärischer Maßnahmen irgendwelcher Art, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind und von Deutschland ergriffen werden.**

**Art. 4. Dieser Vertrag bildet keine Verpflichtung für irgendein Dominion des britischen Reiches, es sei denn, daß das Dominion ihn gebilligt habe.**

**Art. 5. Der gegenseitige Vertrag wird für die Dauer von 10 Jahren in Kraft bleiben und kann nach Ablauf dieser Zeit durch gemeinsames Abkommen erneuert werden.** (W. T. B.)

## Die Allianz, eine Spiegelfechterei.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

**Paris, 13. Jan.** In der am 15. Jan. erscheinenden Nummer der „Revue des deux mondes" bespricht Poincaré die augenblickliche Lage. In dem Artikel heißt es: Die positive und offizielle Allianz mit England ist sehr wertvoll. Sie gibt uns auf dem Kontinent viel von der Sicherheit die uns fehlt. Sie würde uns in der Folge helfen, uns ein wenig unsere militärischen Lasten zu erleichtern. Sie würde uns gestatten, uns ruhig-friedlicher Arbeit zu widmen. Damit wir jedoch vollkommen gesichert seien, wäre es notwendig, daß die englische Regierung sich der unirigen und der belgischen anschlösse und so in der Lage wäre, einen deutschen Angriff abzuschlagen oder ihm zuvorzukommen. Können wir abrüsten, wenn England abrüstet, während Deutschland dies nicht tut? Wenn es wahr ist, daß wir uns für diese Allianz verpflichten müßten, unsere Besetzung der Rheinlande nicht zu verlängern oder sie sogar abzukürzen, und wenn England sich nicht formell verpflichtet, sich mit uns eventuell für die Bereitstellung von Pfändern und die genaue Durchführung des Friedensvertrages einzusetzen, dann wäre diese Allianz weiter nichts als eine bloße Spiegelfechterei. Wenn sie abgeschlossen würde, ohne daß das Einvernehmen zwischen England und uns über die gegenüber der Finanzkonferenz einzunehmende Haltung, sowie über die spätere Regelung der deutschen Zahlungen hergestellt wäre, so hätte die Allianz die größten Unzuträglichkeiten für uns, da sie uns im voraus die Hände binden und uns ohnmächtig und restlos an die englische Politik fesseln würde, und Frankreich hätte früher oder später nichts anderes zu tun, als Trauer über den Verlust seiner Souveränität anzulegen.

## Rücktritt des französischen Kabinetts.

Der französische Ministerpräsident hat in der letzten Sitzung der Kammer unter allgemeiner Erregung, gefolgt von den Mitgliedern seines Kabinetts, den Saal verlassen und unverzüglich darauf dem Präsidenten der Republik im Elysée den Rücktritt der Regierung angezeigt. Millerand hat die Demission angenommen und den Senator Poincaré mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. So lautet in kurzen Sätzen die Nachricht von einem Umschwung der politischen Situation in Frankreich, mit dem sich unabsehbare Folgen nicht nur für dieses Land, sondern auch für ganz Europa und die Welt verbinden werden. Wohl rechnete man in Paris, London, Rom, Berlin schon seit längerer Zeit mit der Möglichkeit der Abdankung Briands. Aber gerade die immer zahlreicher werdenden, immer intensiver sich gestaltenden Verwicklungen und Schwierigkeiten, die von der Briandschen Politik erzeugt, aber auch bis in die letzten Tage hinein immer wieder von ihr mit leidlichem Erfolg gelöst und abgewehrt wurden, gaben dazu Anlaß, dem nunmehr zurückgetretenen Kabinett eine noch längere Lebensdauer vorauszusagen.

In innerpolitischer Hinsicht hat der bisherige französische Ministerpräsident vom Anbeginn seiner Amtstätigkeit immer zwischen zwei Feuern gestanden. Auf der einen Seite stand die radikale Opposition der Sozialisten, deren Fäden sich neuerlich wieder in den Händen des lange Zeit vom politischen Schauplatze zurückgezogenlebenden Caillaux sammeln sollen; diese Richtung verlangte von der Regierung internationales Verständnis, maßvolle Auslegung der Versailler Bestimmungen, Abkehr von der Politik der Gewalt und der Sanktionen. Auf der anderen lauerte argwöhnisch und von ewigem Haß gegen Deutschland erfüllt der nationale Block der französischen Chauvinisten, die ihre Vorkämpfer, selbst in unmittelbare Nähe der Regierung und in Regierungsämter vorzuschieben verstanden. Der mit einem guten Teile der moralischen Schuld am Ausbruch des Krieges belastete Poincaré war und blieb ihr Führer und hat den verantwortungsvollen Posten eines Vorsitzenden im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten inne. Ueber die Ziele dieses Mannes und seines in Kammer- und Senatskreisen besonders starken Anhangs braucht kein Wort verloren zu werden. Ueberall, wo es sich um Aufteilung Deutschlands, Annexion des Rheinlandes, Verschärfung der Zwangsmaßnahmen gegen uns handelte, hatten er und seine Clique mit ihrer machtvollen Presse die Hand im Spiele. Solange Briand den Absichten dieser Männer Vorschub leistete, war er von ihnen geduldet, auch wenn es nicht an spornenden und hetzenden Antrieben fehlte. An sich hätten die nationalistischen Kreise auf Grund ihrer Stärke in Kammer und Presse zu jeder Zeit die Macht gehabt, Briand zu stürzen. Es schwebte ihnen aber, wie beste Quellen versichern, das Ziel vor, die Briandsche Politik „sich totlaufen zu lassen", um dann für die in der zweiten Hälfte dieses Jahres stattfindenden Kammerwahlen aus Mißerfolgen Briands sich eine geeignete Plattform zu konstruieren, auf der die nationalistische Politik sich machtvoll erheben könnte. Und ganz ähnlich dürften die Gedankengänge der radikalsozialistischen Opposition gewesen sein, die um so weniger Ursache hatte, auf einen Sturz des Ministerpräsidenten hinzuarbeiten, als dieser in letzter Zeit bisweilen begrenzte Beweise dafür gab, daß er sich der Notwendigkeit einer internationalen Verständigung nicht grundsätzlich entzog. So legte es diese Oppositionsgruppe mehr darauf an, erst einmal ihre Macht gehörig zu stärken, als dem Kabinett direkte Existenzschwierigkeiten zu bereiten. Auch sie rechnete damit, daß Briands Politik sich bis zum Oktober totgelaufen haben würde und daß sie dann auf grund ihrer eifrigen Propagandatätigkeit in der Lage sein werde, die Briandsche Erbschaft anzutreten. Interessant dabei ist, daß ihr neuerdings eine Kraft wie Clemenceau, der sich aus persönlichen Gründen von den Führern des nationalen Blocks abgestoßen fühlt und sich scheinbar auf seinen einstigen Radikalsozialismus besonnen hat, indirekt zur Verfügung steht. „Der Tiger" hat sich bekanntlich mit Jahresbeginn ein eigenes Presseorgan, das „Echo national" zugelegt, in dem auch Tardieu und der frühere Finanzminister Klotz zu Worte kommen, deren Gegnerschaft zum nationalen Block bekannt ist.

Lag somit in der innerfranzösischen politischen Lage im gegenwärtigen Augenblick zunächst kein zwingender Grund vor, der den Rücktritt des Kabinetts hätte zur Folge haben müssen, so hatten sich bis zu dem Tage, an dem Briand den Entschluß faßte, nach Paris zurückzukehren, die Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage Frankreichs so verdichtet, daß der Ministerpräsident kaum noch hoffen durfte, sie zur Zufriedenheit einer Kammermehrheit zu überwinden. Gewissermaßen das Zünglein an der Wage bildete die bekannte Denkschrift der englischen Regierung über einen englisch-französischen Garantievertrag. So klipp und klar, so offen vor aller Welt hat die Regierung Lloyd Georges noch nie ihre Ziele im Hinblick auf Frankreich und ihre gesamte kontinentale Politik bekanntgegeben. Hier mußte Briand Farbe bekennen. Wahrscheinlich hat er sich nun während seiner letzten Londoner Reise dem englischen Ministerpräsidenten gegenüber in einer Weise festgelegt, die ein weiteres Feilschen über die englischen Vorschläge und Grundsätze von vornherein unmöglich machte. Ließ er sich aber auf den Abschluß dieses Vertrages auf der von Lloyd George vorgeschlagenen Basis ein, dann hätte er damit nach Washington seine zweitgrößte Niederlage erlitten. Denn Englands Bedingung für einen Schutzvertrag überhaupt war die französische Zustimmung und Mitarbeit zum Wiederaufbau Europas; dieser wieder bedingte ein Nachgeben Frankreichs in der Reparationsfrage. Damit wäre nach französischer Ansicht Frankreich ganz in

SLUB
Wir führen Wissen.